



### Presseschau vom 27.04.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### **Ilona Pfeffer: Arbeitskampf in Corona-Zeiten: 2020 wurde deutlich weniger gestreikt**

Im Pandemiejahr 2020 wurde wegen des umfassenden Lockdowns weniger gestreikt als in den zurückliegenden Jahren. Das teilte die Hans-Böckler-Stiftung am Dienstag mit. Für das laufende Jahr erwarten Gewerkschaftsforscher eine wesentlich umfangreichere Arbeitskampf-Bilanz. ...

<https://snanews.de/20210427/corona-zeiten-weniger-streik-1873049.html>

#### **Lisa Meyer: Mehr Tote als Geburten: Die Demographie Deutschlands im Jahr 2020**

Nicht nur sind im Jahr 2020 mehr Menschen in Deutschland gestorben, sondern auch die Geburtenrate ist leicht gesunken. Die Differenz zwischen Sterbe- und Geburtenrate ist somit größer, als sie im Vorjahr war. Ob die hohe Sterblichkeit auch im Zusammenhang mit der Pandemie steht, lässt sich jedoch noch nicht bestimmen.

<https://snanews.de/20210427/demographie-deutschlands-2020-1875777.html>

#### **de.rt.com: Nach "Masken-Urteil": Wohnung und Büro von Weimarer Richter durchsucht**

Anfang April untersagte das Amtsgericht Weimar per einstweiliger Anordnung an zwei Schulen unter anderen das Tragen von Gesichtsmasken. Richter Christian Dettmar argumentierte mit einer Gefährdung des Kindeswohls. Die Staatsanwaltschaft leitete daraufhin ein Ermittlungsverfahren gegen ihn ein. Nun wurden seine Wohnung und sein Büro

sowie sein Auto durchsucht. ...

<https://kurz.rt.com/2hzt>

*Seyed Alireza Mousavi:* **Durchgesickerte Audioaufnahme: Irans Außenminister macht Stimmung gegen Soleimani und Russland**

In einer groß angelegten Medienkampagne versuchen die westlichen Meinungsmacher, die Beziehungen Irans zu China und Russland zu verschlechtern. Im Zuge dieser Propaganda-Kampagne gelangten interne Äußerungen von Außenminister Sarif an die Öffentlichkeit. ...

<https://kurz.rt.com/2hyp>

de.rt.com: **Sofagate reloaded: Benutzt von der Leyen die Gender-Debatte, um ihre Macht in der EU auszubauen?**

Von der Leyen erhebt Vorwürfe gegen die Türkei: Sie habe sich "als Frau und als Europäerin" "verletzt und alleingelassen" gefühlt, weil sie statt auf dem Ehrenplatz neben Erdoğan nur auf dem Sofa sitzen durfte. Um das zukünftig zu verhindern, soll das Protokoll für EU-Staatsbesuche angepasst werden und ganz nebenbei von der Leyens Position mit der des EU-Ratspräsidenten gleichgesetzt werden. ...

<https://kurz.rt.com/2i00>

*Kai Klarenberg:* **OPCW-Vorwürfe gegen Syrien: Indien zweifelt an Glaubwürdigkeit des Chemiewaffen-Berichts**

Die Berichte, die dem Ausschluss Syriens aus der OPCW zugrunde lagen, sind widersprüchlich und parteiisch. Zu diesem Schluss kommt der Investigativjournalist Kai Klarenberg. Auch der OPCW-Mitgliedstaat Indien äußerte seine Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Berichte. ...

<https://kurz.rt.com/2hzh>

**abends/nachts:**

snanews.de: **London setzt 14 Bürger Russlands auf seine Sanktionsliste**

Großbritannien hat 14 Bürger Russlands wegen Korruptionsverdachts auf seine Sanktionsliste gesetzt, wurde am Montag in London mitgeteilt.

Die Liste mit den Namen der Russen und auch von Bürgern anderer Länder wurde am gleichen Tag auf der Homepage der britischen Regierung veröffentlicht. Sie enthält Amtsträger, Geschäftsleute und Banker, die nach Angaben des britischen Außenministeriums im Dezember 2007 an einer Korruptionsaffäre beteiligt gewesen sein sollen.

**"Vermögen unterschlagen"**

Ihnen wird vorgeworfen, sich damals staatliches Vermögen im geschätzten Wert von 230 Millionen US-Dollar gesetzwidrig angeeignet zu haben.

Der britische Außenminister, Dominic Raab, hatte zuvor am Montag ein Regelwerk internationaler Antikorruptionssanktionen im Parlament eingebracht.

Die britische Regierung plant, die Korruption weltweit durch das Sperren von Aktiva und Einreiseverbote für Ausländer zu bekämpfen, die in ernsthafte Korruptionsaffäre verwickelt sein sollen.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/1a/1868169\\_0:55:3073:1783\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_60f1893a65c25f6b0f31ccd4558cadee.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/1a/1868169_0:55:3073:1783_1440x0_80_0_0_60f1893a65c25f6b0f31ccd4558cadee.jpg)

### snanews.de: **USA wollen Spannungen mit Russland abbauen – Weißes Haus**

Die USA versuchen laut der Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, die Spannungen mit Russland zu reduzieren, und betrachten antirussische Sanktionen nicht als das einzige Instrument, um einen Dialog mit Moskau aufzubauen.

„Sowohl ein großer Teil der Weltgemeinschaft als auch wir glauben, dass es von entscheidender Bedeutung ist, (Russland – Anm.d.Red.) für die inakzeptablen Maßnahmen zur Rechenschaft zu ziehen. Was die Wirksamkeit dieser Maßnahmen angeht, sind unsere Ziele wie folgt: die Spannungen in den Beziehungen zu verringern, direkt zu sprechen, wenn wir Bedenken haben, Maßnahmen bei Bedarf zu ergreifen – wenn wir auf jene ihre Maßnahmen reagieren, die wir für inakzeptabel halten. Aber auch nach einer Möglichkeit zu suchen, diese Beziehungen vorhersehbar und stabil zu machen“, sagte Psaki am Montag bei einem Briefing.

Sie fügte hinzu, dass die Vereinigten Staaten die Sanktionen nicht als das einzige Instrument betrachten, das für den Aufbau von Beziehungen zu Russland und die Bewertung ihrer Wirksamkeit angewendet werden sollte.

Darüber hinaus habe das Weiße Haus nie geglaubt, dass ein Paket antirussischer Sanktionen zu Änderungen im Verhalten Russlands auf internationaler Ebene führen könne.

#### **Neue US-Sanktionen**

Am 15. April hatten die USA neue Sanktionen gegen Russland verhängt. Unter die Strafmaßnahmen fielen 32 natürliche Personen und Organisationen. Die Sanktionen verbieten auch US-Finanzinstituten, bei der Erstplatzierung russische Staatsanleihen nach dem 14. Juni zu erwerben. Außerdem erklärte Washington, dass es zehn Mitarbeiter der russischen diplomatischen Vertretung aus dem Land ausweisen werde.

Laut dem russischen Außenministerium entspricht Washingtons Sanktionskurs nicht den Interessen der Völker der beiden Länder. Einen Tag später verkündete das russische Außenamt Gegenmaßnahmen.

Russland verhängte eine Einreisesperre gegen acht ranghohe US-Regierungsvertreter, darunter auch US-Justizminister Merrick Garland, Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas und FBI-Chef Christopher Wray. Zudem erklärte Russland zehn Mitarbeiter der US-Botschaft in Moskau zu Personae non gratae. Sie müssen nun bis zum 21. Mai Russland verlassen.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/0e/151189\\_0:160:3073:1888\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_6d7695b130813a8c15245e8cab4de63c.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/0e/151189_0:160:3073:1888_1440x0_80_0_0_6d7695b130813a8c15245e8cab4de63c.jpg)

### Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: **Erklärung der Außenministerin Natalja Nikonorowa**

Die ukrainische Regierung gibt weiterhin Erklärungen ab, in denen sie Gedanken und Thesen äußert, die in ihrer entweder absichtlichen oder zufälligen Inkompetenz auffallen. So spricht der Leiter des Büros des Präsidenten der Ukraine darüber, dass angeblich laut dem Dokument des Kopenhagener Treffens vom 29. Juni 1990 zur Zeit der Wahlen die Grenze von der Regierung des Staates kontrolliert werden soll, in dem die Wahlen stattfinden. Und dass die bereits im Oktober 2019 vereinbarte Steinmeier-Formel angeblich diesem in einem der zentralen OSZE-Dokumente skizzierten Prinzip widerspricht.

Solche Aussagen sind jedoch eine weitere Lüge und Fehlinformation, die von Kiew verbreitet wird. Das Dokument des Kopenhagener Treffens ist öffentlich zugänglich, und jeder kann sich damit vertraut machen und mit eigenen Augen sehen, dass es in diesem Dokument kein einziges Wort über die Übertragung der Kontrolle der Grenze gibt. Was dieses Dokument enthält, ist die Verhinderung von "Gewalt oder Einschüchterung gegen die freie Äußerung von Ansichten und Einschätzungen" - mit anderen Worten, genau das, was Kiew seit sieben Jahren mit den Menschen im Donbass macht, entgegen dem Maßnahmenkomplex und allen Normen des Völkerrechts.

Darüber hinaus möchten wir die ukrainische Führung daran erinnern, dass die Steinmeier-Formel nicht einfach eine Erklärung ist, die man willkürlich zu einem Widerspruch zu einigen Prinzipien erklären und die Notwendigkeit ihrer Umsetzung in ukrainisches Recht ignorieren kann. Die Steinmeier-Formel und der darin verankerte Mechanismus für das Inkrafttreten des Sonderstatus für den Donbass wurden von beiden Konfliktparteien - Kiew und dem Donbass - paraphiert und auch auf der Ebene der Länder des Normandie-Quartetts wiederholt gebilligt. Dennoch glaubt die ukrainische Führung nach wie vor, dass, wenn sie öffentlich verkündet, dass sie nicht gewillt ist, einen bestimmten Aspekt einer Friedensregelung zu implementieren, die Notwendigkeit für deren Umsetzung deshalb automatisch verschwindet. Wir beeilen uns, mitzuteilen, dass dies nicht funktioniert - die Minsker Vereinbarungen, in denen die Verpflichtungen und Kompetenzen beider Konfliktparteien verankert sind, wurden von der Ukraine und den Republiken unterzeichnet und auf der Ebene der Garantiestaaten und des UN-Sicherheitsrates gebilligt, was bedeutet, dass Kiew sie umsetzen muss, ob es will oder nicht.

snaneews.de: **Prag weist Vorwürfe der Aufbewahrung verbotener Waffen in Vrbetice zurück**

Das Verteidigungsministerium Tschechiens hat am Montag die Vorwürfe kommentiert, dass im Munitionslager im Dorf Vrbitice im Osten der Republik, wo es im Jahr 2014 zu einer Explosion gekommen war, in internationalen Verträgen verbotene Waffen gelagert worden wären.

„Es gibt Spekulationen, dass in Vrbitice verbotene Waffen deponiert waren. Das ist nicht wahr, was auch das Gericht bestätigt hat. Die Tschechische Republik hält internationale Verträge ein“, heißt es in einer Mitteilung des tschechischen Verteidigungsministeriums auf Twitter.

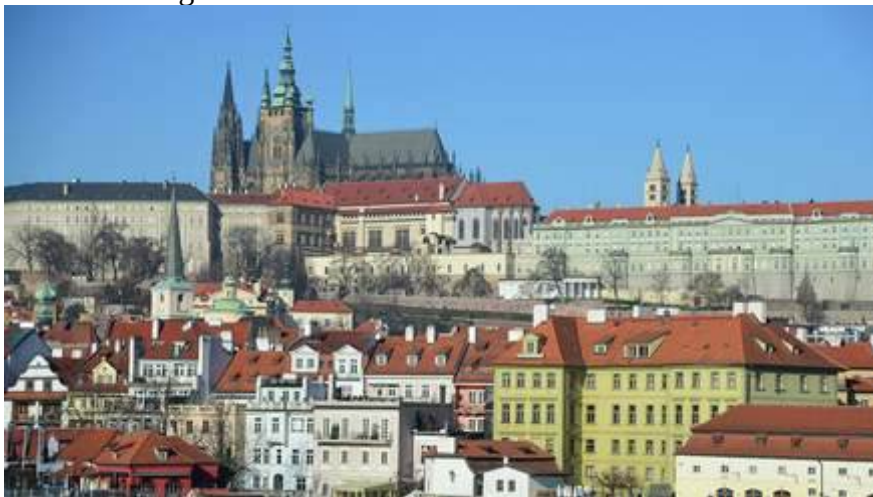
Zuvor am Montag erklärte der russische Außenminister, Sergej Lawrow, es bestehe der Verdacht, dass Prag gegen eine Reihe von internationalen Verträgen verstoßen habe. Die Europäische Union sollte laut Lawrow den Vorfall um die Explosion im Waffenlager in Vrbitice aufklären.

„Es gibt auch wesentliche Hinweise darauf, dass sowohl internationale Übereinkommen, darunter auch die Ottawa-Konvention, die Infanterieminen verbietet, als auch der sogenannte Waffenhandelsvertrag verletzt wurden, deren Teilnehmer, soweit ich weiß, Mitglieder der Europäischen Union sind (...)“, so Lawrow.

#### **Ausweisung russischer Diplomaten aus Prag**

Am 17. April hatte Tschechien russischen Geheimdiensten vorgeworfen, hinter der Explosion im Munitionslager im tschechischen Vrbitice im Jahr 2014 zu stecken. In diesem Zusammenhang verwies Tschechien 18 russische Diplomaten des Landes. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie für russische Geheimdienste gearbeitet haben sollen. Darauf erklärte Moskau 20 Mitarbeiter der tschechischen Botschaft zu unerwünschten Personen.

Das Außenministerium in Moskau dementierte eine Beteiligung russischer Geheimdienste an der Explosion in Vrbitice. Die Anschuldigungen Tschechiens seien „absurd und haben weder Hand noch Fuß“, hieß es in Moskau. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, bezeichnete die Ermittlungen zu Vrbitice als „Marasmus-Parade“. Selbst der tschechische Präsident, Miloš Zeman, ist von einer Täterschaft russischer Geheimdienste nicht überzeugt.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/1a/1869643\\_0:0:3077:1731\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_c5e1f891176d917a0195985d22513b22.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/1a/1869643_0:0:3077:1731_1440x0_80_0_0_c5e1f891176d917a0195985d22513b22.jpg)

#### **snaneews.de: Nach Bidens V-Wort: Erdogan will Verteidigungspakt mit USA kippen – Bloomberg**

Nach Joe Bidens Anerkennung der Massaker an den Armeniern im Osmanischen Reich 2015 als Völkermord will der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan den mit den USA geschlossenen Verteidigungspakt vorerst auf Eis legen, meldet die Wirtschaftsnachrichtenagentur Bloomberg unter Berufung auf eigene nicht genannte Quellen.

Demnach will Erdogan eine Kabinettsitzung einberufen und Antwortschritte verkünden. Der schwerste davon dürfte das Kippen des bilateralen Verteidigungspaktes sein, der als eines der wichtigsten türkisch-amerikanischen Dokumente in militärtechnischem Bereich gilt.

### **Verteidigungspakt Türkei-USA**

Der Pakt ermöglicht es den beiden Ländern, nachrichtendienstliche Daten auszutauschen und gemeinsame Militärübungen abzuhalten. Zudem bietet das Dokument den USA die Möglichkeit, Luftwaffen-Stützpunkte in der Türkei zu nutzen. Darüber hinaus gingen die USA die Verpflichtung ein, der Türkei finanzielle und ökonomische Hilfe zu erweisen und die Modernisierung der türkischen Rüstungsindustrie zu fördern.

Joe Biden hatte am vergangenen Samstag die Massaker an der armenischen Bevölkerung im Osmanischen Reich 2015 – als erster US-Präsident seit 40 Jahren – offiziell als Genozid anerkannt. Ankara lehnte Bidens Erklärung als „populistisch“ ab.

### **Begriff "Völkermord" bislang weitgehend tabuisiert**

Bidens Vorgänger im Amt hatten in ihren Erklärungen den Begriff „Genozid“ immer wieder vermieden, um eine Verschlechterung der Beziehungen zur Türkei nicht heraufzubeschwören. Als Euphemismen wurden vielmehr die Bezeichnungen „entsetzliche Gräueltat“ oder „eines der schlimmsten Massaker des 20. Jahrhunderts“ verwendet.

Der US-Senat und der Kongress hatten 2019 den Massenmord an Armeniern im Osmanischen Reich in einer Resolution als Genozid anerkannt.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/1a/1869679\\_0:67:2622:1542\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_f30acb8914eafecc0282e11b51447d2f.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/1a/1869679_0:67:2622:1542_1440x0_80_0_0_f30acb8914eafecc0282e11b51447d2f.jpg)

**vormittags:**

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 27. April 2021 wurden **fünf Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

(Es folgt eine genaue Aufstellung der Waffensysteme - Anm. d. Übers.)

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowka, Losowoje, Solotoje-5 und Molodjoshnoje** unter Einsatz von Granatwerfern, 82mm-Mörsern und großkalibrigen Maschinengewehren.

de.rt.com: **Ukrainischer Diplomat in Russland zur Persona non grata erklärt**

Russland hat einen ukrainischen Diplomaten zur Persona non grata erklärt. Dieser soll nun Russland bis spätestens 30. April verlassen. Dies sei die Gegenreaktion Russlands auf die Ausweisung eines russischen Diplomaten aus der Ukraine, so das Außenministerium.

Das russische Außenministerium hat einen ukrainischen Diplomaten zur Persona non grata

erklärt. Der Angestellte des ukrainischen diplomatischen Dienstes soll Russland bis spätestens 30. April verlassen. Die russische Seite stellte klar, dies erfolge im Zusammenhang mit den "unfreundlichen Handlungen der ukrainischen Seite". Die Ukraine hatte am 19. April den Angestellten der Botschaft der Russischen Föderation in Kiew zur Persona non grata erklärt: "Auf der Grundlage des Grundsatzes der Gegenseitigkeit für Aktivitäten, die mit dem diplomatischen Status unvereinbar sind, ist ein Angestellter der ukrainischen Botschaft in Russland zur Persona non grata erklärt."

Das russische Außenministerium fügte hinzu, dass zusätzliche Maßnahmen ergriffen würden, wenn Kiew seine unfreundlichen Schritte in Richtung russischer Diplomaten fortsetze. Die ukrainische Seite sei gewarnt worden, dass im Falle fortgesetzter "feindlicher Aktionen gegen Mitarbeiter russischer diplomatischer und konsularischer Vertretungen" in der Ukraine auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zusätzliche Maßnahmen gegen das Personal der ukrainischen Botschaften, Generalkonsulate und Konsulate in Russland ergriffen würden, so der Dienst. Die Ukraine werde in Kürze Vorkehrungen treffen, um auf die Entscheidung Russlands zu reagieren, so der Sprecher des ukrainischen Außenministeriums Oleg Nikolenko. Nikolenko zufolge ist Moskaus Erklärung eines Diplomaten der ukrainischen Botschaft in Moskau zur Persona non grata unlogisch und absolut unbegründet:

"Das Außenministerium wird bald die Ausweisung eines russischen Diplomaten aus der Ukraine nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit ankündigen."

Nikolenko bezeichnete die Ausweisung des Mitarbeiters der ukrainischen Botschaft als "eine weitere Provokation gegen Mitarbeiter ukrainischer diplomatischer Vertretungen in Russland".



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/6087019ab480cc30602761c1.jpg>

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 26. April 3:00 Uhr bis 27. April 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 6.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme – Anm. d. Übers.)

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

**Gorlowka (Sajzewo Jushnoje), Wesjoloje, Staromichajlowka, Leninskoje, Ukrainskoje.**

Um 11:07 Uhr wurde im Gebiet von Pawlopol die Durchführung technischer Arbeiten, verbunden mit der Detonation von technischer Munition, festgestellt.

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu allen Fällen von Verletzung des Regimes der Feuereinstellung

einzusetzen wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 50.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 5 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

### snews.de: **Menschenrechtler rufen zur Aufhebung des Patentschutzes für Corona-Impfstoffe auf**

Amnesty International und 30 weitere Menschenrechtorganisationen sowie Gewerkschaften haben am Dienstag in einem Statement die EU aufgefordert, den Patentschutz für Corona-Impfstoffe vorübergehend auszusetzen.

Die Pandemie sei nicht zu Ende, wenn alle Menschen in Europa immunisiert seien, sondern erst, wenn das Virus weltweit besiegt sei, mahnte die Völkerrechtsexpertin Maria Scharlau bei Amnesty International in Deutschland laut der Webseite.

„Das Horten von Impfstoffen untergräbt die globalen Anstrengungen, die sicherstellen sollen, dass alle Menschen überall vor Covid-19 geschützt werden.“

Den Menschenrechtlern zufolge ignorieren die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedsstaaten bislang die zunehmenden Forderungen nach einem Patentverzicht, der die weltweite Produktion und Verfügbarkeit von Corona-Impfstoffen und Zubehör erhöhen würde.

Aufgrund begrenzter Produktionskapazitäten und anderer Herausforderungen in der Lieferkette gebe es derzeit nicht genügend Impfstoffdosen, ist es der Mitteilung zu entnehmen. Wenn weiterhin auf freiwillige Mechanismen gesetzt werde, könnten die notwendige Produktionssteigerung und der Technologietransfer nicht erreicht werden, um auf diese Herausforderungen zu reagieren.

„Wenn sich die Situation nicht ändert, werden die Interessen und Gewinne einiger weniger das Schicksal der Mehrheit bestimmen“, hieß es.

Die EU-Kommission bekräftigte am Montag ihre ablehnende Haltung. Medienberichten zufolge soll die Behörde aber für eine weniger weitgehende Maßnahme, nämlich Zwangslizenzen, offen sein.

„Die Probleme des Zugangs zu Impfstoffen werden nicht durch den Verzicht auf Patente gelöst; sie hängen vielmehr mit dem Mangel an ausreichenden Produktionskapazitäten zusammen“, zitieren deutsche Medien eine Amtssprecherin.

Zuvor hatten Vertreter der Impfstoff-Industrie gegenüber der Nachrichtenagentur AFP davor gewarnt, dass ein Verzicht auf Patente oder Technologietransfer die Herstellung der Präparate nicht beschleunigen werde. Die größte Herausforderung bei der Vakzinproduktion sei eine weltweite Knappheit von notwendigen Inhaltsstoffen.





[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/0b/1232228\\_0:79:2723:1610\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_c4a71537feaa019da81c86cc3369d3ca.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/0b/1232228_0:79:2723:1610_1440x0_80_0_0_c4a71537feaa019da81c86cc3369d3ca.jpg)

Lug-info.com: In der LVR sind am 27. April um 9:00 Uhr 4296 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 3648 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 396 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 26. April wurden in der DVR 416 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 121 positiv.

Am 27. April um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 32.735 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4078 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 26.160 als gesund entlassen, es gibt 2488 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 134 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 91 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 200 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1413 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 627 mit Sauerstoffunterstützung (+41 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden im Ergebnis von 33 Express-tests 26 Patienten entdeckt, die zuvor eine Coronavirusinfektion durchgemacht haben. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 1311 Patienten entdeckt, die zuvor eine Covid-19 Erkrankung durchgemacht hatten.

### de.rt.com: **Rebellenangriff in Myanmar: Schwere Kämpfe an Grenze zu Thailand**

Die Lage in Myanmar bleibt unübersichtlich: Kämpfer der Widerstandsgruppe Karen National Union (KNU) in Myanmar haben nach eigenen Angaben an der Grenze zu Thailand einen Militärstützpunkt angegriffen und eingenommen. Die Zahl der Opfer ist unklar.

Streitkräfte der ethnischen Minderheit der Karen-Volksgruppe hätten den Armeeposten am frühen Dienstagmorgen attackiert, bestätigte ein Sprecher der Widerstandsgruppe Karen National Union (KNU) gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa). "Die Soldaten sind geflohen. Ob es Tote gab, wissen wir noch nicht", sagte Padoh Saw Taw Nee, der Chef für auswärtige Angelegenheiten der KNU. "Aber wir haben den Militärposten eingenommen."

Augenzeugen berichteten laut der Zeitung The Irrawaddy, sie hätten sieben Soldaten gesehen, die in Richtung Dschungel geflohen seien. Der Stützpunkt wurde den Angaben zufolge niedergebrannt. Videos in sozialen Netzwerken zeigten Flammen und Rauch, die am Fluss Saluen vom Grenzposten Thaw Le Hta hochstiegen.

Der Fluss an der östlichen Grenze des Landes trennt Myanmar, das frühere Birma, vom Nachbarland Thailand. Auch ein thailändischer Beamter bestätigte die Kämpfe in der

Grenzregion. "Es gab heftige Kämpfe beim Außenposten der myanmarischen Armee gegenüber der Stadt Mae Sam Laep", sagte der Beamte der Provinz Mae Hong Son. Nach dem Putsch von Anfang Februar hat das Militär von Myanmar immer wieder Luftangriffe auf Gebiete ethnischer Minderheiten geflogen, darunter auch der Karen. "Mehr als 24.000 Zivilisten der Karen sind in den Dschungel geflohen, weil das Militär uns aus der Luft angegriffen hat", so Padoh Saw Taw Nee. "Derzeit gibt es zwar keine Luftangriffe, aber Kampfjets fliegen jeden Tag über die Dörfer, so dass sich die Menschen nicht trauen zurückzukehren."

Das Militär hatte am 1. Februar geputscht und die faktische Regierungschefin Aung San Suu Kyi abgesetzt. Einige der zwei Dutzend bewaffneten Gruppen in Myanmar, darunter auch die KNU, unterstützen Gegner der Junta, die bisher in den Versuchen, die Proteste niederzuschlagen, mehr als 750 Zivilisten getötet hat. Wegen der Kämpfe und des Putsches sind tausende Menschen nach Thailand und Indien geflohen. Die ethnischen Gruppen kämpfen seit Jahrzehnten für eine größere Autonomie.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/6087cbe148fbef4e8a55e58e.jpg>

**Dan-news.info: Mehr als 26.000 Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges und des Kriegs gegen Japan sowie Mitglieder ihrer Familien erhalten in der DVR materielle Hilfe zum Tag des Sieges.**

**nachmittags:**

**snanews.de: Nord Stream 2: Rohrleger „Akademik Cherskiy“ baut wieder in dänischen Gewässern**

Das russische Spezialschiff „Akademik Cherskiy“ hat nach erfolgreicher Erprobung auf See die Verlegung der Gasleitung Nord Stream 2 in dänischen Gewässern wiederaufgenommen. Dies teilt der Projektbetreiber mit.

Ein Jahr ist es her, dass die Nord Stream 2 AG das russische Spezialschiff „Akademik Cherskiy“ aus dem Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 abziehen musste. Im März 2020 erklärte die Betreibergesellschaft des russisch-europäischen Pipelineprojekts, das Schiff werde die Rohrverlegung nach einer Ertüchtigung wiederaufnehmen. Jetzt ist es so weit: Nach erfolgreichen Tests auf See habe die „Akademik Cherskiy“ die Verlegung der Gasleitung in dänischen Gewässern wiederaufgenommen, teilt die Nord Stream 2 AG mit.

Nach Angaben der Betreibergesellschaft (Stand 31. März) ist Nord Stream 2 zu 95 Prozent fertig. Ein Teilstück von 121 Kilometern fehle noch. An der Rohrverlegung ist neben

„Akademik Cherskiy“ auch das russische Spezialschiff „Fortuna“ beteiligt. Dieses setze die Verlegung nach Unternehmensangaben ebenfalls fort. Im Dezember 2020 hatte „Fortuna“ ein Teilstück von Nord Stream 2 in deutschen Gewässern fertiggestellt.

Die Gesamtlänge der beiden Pipelinestränge von Nord Stream 2 beträgt gut 2400 Kilometer, also 1200 Kilometer pro Strang. Damit soll Erdgas aus Russland nach Deutschland zur Weiterleitung in andere EU-Länder transportiert werden. Die USA sind gegen das russisch-europäische Projekt, unter anderem weil sie Vorzugsbedingungen für ihr Flüssiggas in Europa schaffen wollen. Mit Sanktionen versucht Washington die Fertigstellung von Nord Stream 2 zu verhindern. Moskau geht jedoch davon aus, den Bau der Pipeline bis Ende kommenden Sommers abschließen zu können.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/08/66628\\_0:161:3067:1886\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_8753fedc005a589526aa32893860cf57.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/08/66628_0:161:3067:1886_1440x0_80_0_0_8753fedc005a589526aa32893860cf57.jpg)

#### snaneews.de: **Nawalny-Stiftungen: Moskauer Gericht trifft Vorbeugemaßnahmen**

Ein Gericht in Moskau hat die Tätigkeit mehrerer von Alexej Nawalny organisierter Vereinigungen eingeschränkt. Es handele sich um eine vorbeugende Maßnahme, erklärte ein Gerichtssprecher.

Die Staatsanwaltschaft Moskau hatte bei einem Stadtgericht beantragt, mehrere Vereinigungen unter der Leitung des nun inhaftierten Kremlkritikers Alexej Nawalny als extremistisch einzustufen. Im Fokus der Strafverfolger stehen Einrichtungen unter den Namen „Antikorruptionsstiftung FBK“ und „Bürgerrechtsstiftung FSPG“. Diese Einrichtungen versuchen nach Darstellung der Staatsanwaltschaft, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, „die soziale und gesellschaftlich-politische Lage“ in Russland zu destabilisieren.

Das Gericht hat nun im Zuge dieses Antrags die Tätigkeit dieser Vereinigungen eingeschränkt: Gegen die FBK und FSPG seien „vorbeugende Schutzmaßnahmen in Form des Verbots auf bestimmte Tätigkeiten“ getroffen worden, teilte ein Gerichtssprecher mit.

Demnach ist es den Einrichtungen untersagt, öffentliche Veranstaltungen abzuhalten, an Wahlen teilzunehmen, auf Bankkonten zuzugreifen und Inhalte in den Medien zu verbreiten.

Die Einstufung als extremistische Vereinigung würde des Weiteren die Symbolik dieser Organisationen verbieten; Gründung, Mitgliedschaft und finanzielle Unterstützung dieser Einrichtungen würden unter Strafe gestellt.

Die Staatsanwaltschaft Moskau hatte zuvor die Tätigkeit der Freiwilligenorganisation „Stäbe Nawalnys“ eingeschränkt: Eine „Sicherungsmaßnahme im Zuge der Anerkennung als extremistische Vereinigung“, erklärte die Behörde.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/1b/1874938\\_0:161:3071:1888\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_1141eb0fa979d9e8f3777cf34b18dc61.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/1b/1874938_0:161:3071:1888_1440x0_80_0_0_1141eb0fa979d9e8f3777cf34b18dc61.jpg)

### de.rt.com: **Moskau wartet auf Erklärungen bezüglich geächteter Munition im Lager Vrbětice**

Berichten zufolge wurden im Munitionslager in Vrbětice unter anderem Antipersonenminen, die gemäß Ottawa-Konvention verboten sind, aufbewahrt. Das russische Außenministerium wartet in diesem Zusammenhang auf Erklärungen seitens Tschechiens, Bulgariens und der Ukraine.

In einem am Montag veröffentlichten Kommentar erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa, Russland warte auf Erklärungen seitens der Tschechischen Republik, Bulgariens und der Ukraine bezüglich der Medienberichte über Antipersonenminen, die im Munitionslager in Vrbětice aufbewahrt worden seien. Der Einsatz, die Lagerung, die Herstellung und die Weitergabe von Antipersonenminen sind durch die Ottawa-Konvention aus dem Jahr 1997 verboten. Tschechien, Bulgarien und die Ukraine haben das Übereinkommen unterzeichnet und ratifiziert.

Das russische Außenministerium machte die Öffentlichkeit auf einen Bericht der Zeitung Die Welt aufmerksam. Hierin heißt es:

"Das Munitionslager wurde von kommerziellen Rüstungsfirmen genutzt. Gelagert waren dort unter anderem Hunderte Antipersonenminen."

Sacharowa kommentierte die Sachlage wie folgt:

"Diese Informationen stellen die gewissenhafte Erfüllung der Verpflichtungen der Tschechischen Republik aus dem Übereinkommen über das Verbot von Antipersonenminen in Frage. Dieselbe Frage stellt sich auch für Bulgarien, da einer seiner Staatsangehörigen nach Angaben der New York Times Eigentümer der in den Lagern aufbewahrten Waffen war, sowie für die Ukraine als potenzieller Empfänger dieser Munition."

Russland erwarte, dass Tschechien, Bulgarien und die Ukraine notwendige Erklärungen zu den Berichten über Antipersonenminen abgeben, die in den Munitionslagern von Vrbětice unter Umgehung der Antipersonenminenverbotskonvention aufbewahrt wurden.

Am 17. April hatte die tschechische Führung erklärt, russische Geheimdienste seien für zwei Explosionen im Jahr 2014 in den Munitionslagern in Vrbětice im Osten des Landes verantwortlich. Zudem wurden 18 russische Botschaftsangestellte einer Mitarbeit bei den Geheimdiensten bezichtigt und des Landes verwiesen. Das russische Außenministerium dementierte die Vorwürfe und verwies als Reaktion auf die unfreundlichen Schritte Tschechiens 20 Mitarbeiter der tschechischen Botschaft des Landes.

Der tschechische Präsident Miloš Zeman erklärte in einer Fernsehansprache am Sonntag, dass es sich in Bezug auf die mutmaßliche Verwicklung des russischen Geheimdienstes in den Vorfall in Vrbětice lediglich um einen Verdacht handele. Er plädierte dafür, weitere Untersuchungen der Ermittlungsbehörden abzuwarten. Bezüglich dieser Fernsehansprache

prüft der Senat des tschechischen Parlaments aktuell Möglichkeiten einer Anklage wegen Hochverrats gegen Zeman.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/6087f8a0b480cc16d4146c3e.jpg>

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 27.4.2021**

In den letzten 24 Stunden vom 26. auf den 27. April wurden sechs Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Einheiten der 10. Gebirgssturmgrade **Sajzewo (jushnoje)** mit automatischen Granatwerfern beschossen.

In **Richtung Donezk** hat die 28. mechanisierte Brigade von den Positionen im Gebiet von Krasnogorowka aus **Staromichajlowka** mit 82mm-Mörsern beschossen.

Außerdem haben Einheiten der 58. Panzergrenadierbrigade **Wesjoloje** mit Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** hat die 128. Brigade zweimal **Leninskoje** beschossen und 12 120mm-Mörsergeschosse und elf Granaten mit automatischen Granatwerfern abgefeuert. Außerdem haben Kämpfer von den Positionen in Pawlopol aus **Ukrainskoje** mit automatischen Granatwerfern beschossen.

Im Gebiet von Pawlopol haben Einheiten der 128. Gebirgssturmgrade **technische Arbeiten mit Sprengung des Erdbodens** durchgeführt.

**Seit Beginn des heutigen Tages**, im Vorfeld des Beginns der Sitzung der Kontaktgruppe haben Strafruppen der 128. Gebirgssturmgrade **Kominternowo** mit Mörsern beschossen und sieben 120mm-Mörsergeschosse abgefeuert.

Außerdem haben Kämpfer der 72. Brigade von den Positionen im Gebiet von Awdejewka aus **Spartak** mit Antipanzerraketenkomplexen beschossen und drei Raketen abgefeuert, außerdem wurde **Krutaja Balka** mit Antipanzergrenatwerfern beschossen.

Einheiten der 28. mechanisierten Brigade haben **Staromichajlowka** mit großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Wir stellen ein weiteres Mal eine **Zunahme der Zahl der Beschießungen** von Seiten des Gegners **in Gebieten fest, in denen zuvor Fahrten eines Fahrzeugs der ukrainischen Vertretung im GZKK beobachtet wurden.**

So haben unsere Beobachter gestern am Abend die Ankunft eines weißen Lastwagens mit GZKK-Symbolen an den Frontpositionen der 128. Gebirgssturmgrade nacheinander in den Gebieten von Gnutowo und Wodjanoje bemerkt. Und bereits heute wurden unsere Verteidiger in Kominternowo unter Einsatz von Mörsern beschossen. Dies bestätigt ein weiteres Mal, dass die ukrainische Seite in Verletzung internationaler Konventionen weiter Symbole

humanitärer Missionen zur Deckung der militärischen Versorgung seiner Truppe einsetzt. Die genannten Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die Schuldigen an der Verletzung des Waffenstillstands zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern. Außerdem sind trotz des heutigen Treffens von Vertretern der Kontaktgruppe **alle Versuche der Vertretung der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung eines Regimes der Ruhe einzusetzen, von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert worden.**

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen elf Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind: am nordöstlichen Rand von Maximiljanowka haben Einheiten der 28. mechanisierten Brigade zwei gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge stationiert; am südöstlichen Rand von Bogdanowka sind fünf Schützenpanzer und ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade getarnt. Außerdem sind in unmittelbarer Nähe zu Wohnhäusern am östlichen Rand von Nikolajewka drei Schützenpanzer dieser Brigade stationiert. Die Einheiten der 128. Gebirgssturmbriade haben ein Abwehrgeschütz „Strela-10“ in der Nähe von Wohnhäusern in Anadol stationiert.

**Die ukrainische Seite behindert weiter die Arbeit der internationalen Beobachter und blockiert die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission.**

So haben Kämpfer von mobilen Gruppen des 20. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eine Station „Bukowel-AD“ im Gebiet von Stepanowka und Wodjanoje eingesetzt, um die Entdeckung von Waffen aus dem Bestand der 10. Gebirgssturmbriade und der 58. Panzergrenadierbrigade durch Drohnen der OSZE-Mission zu verhindern.

Im Verantwortungsbereich der 28. mechanisierten Brigade und der 128. Gebirgssturmbriade in Richtung Donezk und Mariupol führt der Gegner Maßnahmen zur **Verstärkung von Minensperren** durch, womit er eine unmittelbare Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Bürger schafft. Wir haben die Verminderung von Örtlichkeiten in der Nähe von Krasnogorowka und Pischtschewik mit Antipanzermijnen TM-62 in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern und allgemeinen Straßen bemerkt. Insgesamt haben ukrainische Einheiten 238 Minen installiert.

Außerdem hat eine Aufklärungskompanie der 128. Gebirgssturmbriade, um die Aktivitäten der internationalen Beobachter im Verantwortungsbereich des Verbandes zu verfolgen, eine **Drohne gestartet, die eine Drohne der OSZE-Mission während deren Flug im Gebiet von Berdjanskoje begleitet hat.**

Die genannten Aktivitäten behindern nicht nur die objektive Arbeit der Mission im Donbass, sondern stellen auch eine Gefahr für die Drohne der OSZE dar, da sie Voraussetzungen für deren Absturz schaffen.

Im 3. mechanisierten Bataillon der 28. mechanisierten Brigade arbeitet eine komplexe Kommission, der Vertreter des militärischen Rechtsordnungsdienstes und des staatlichen Notfalldienstes angehören.

Die Arbeit der Kommission ist durch den Tod des Soldaten Kowalewskij und die Verletzung von drei weiteren ukrainischen Soldaten durch einen Brand auf einem Zugstützpunkt im Gebiet von Marjinka am 23. April bedingt.

Nach vorläufigen Informationen der Ermittlung entstand der Brand infolge einer defekten Stromleitung, die auf „handwerkliche“ Art auf den Positionen verlegt worden war. Außerdem detonierte durch den Brand eine Gasflasche.

Bei der Obduktion des Toten und der Analyse von Proben von den Verletzten wurde festgestellt, dass sie alle zum Zeitpunkt des Vorfalles betrunken waren.

Um solche Vorfälle und Verluste zu verhindern, hat der Kommandeur der OOS befohlen, die Quartiere der Soldaten an der Front zu kontrollieren und den Einsatz von selbstgebaute Gas- und Elektroeinrichtungen zu verbieten.

Außerdem wurde der Leiter des Sanitätsdienstes der OOS angewiesen, Übungen mit dem Personal der Sanitätskompanien und medizinischen Punkte der Bataillon zu erster Hilfe bei Verbrennungen durchzuführen, weil das geringe Ausbildungsniveau der Mediziner der 28. mechanisierten Brigade und die minderwertige Behandlung des bei dem Brand verletzten Kowalewskij zu dessen Tod geführt hatten.

Es ist bemerkenswert, dass zur Verhinderung negativer Folgen für das Brigadekommando und die OOS, der bei dem Brand getötete Soldat als an einer ersten Herzfehlfunktion verstorben ausgegeben wurde.

Nach Abschluss der Arbeit in der 28. Brigade sieht das Plan der Kommission eine Kontrolle der übrigen Verbände in der OOS-Zone vor.

In den letzten 24 Stunden bemerken wir zwei **weitere Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten** unter den ukrainischen Soldaten.

So wurden gestern Soldaten des 109. Bataillons der 10. Gebirgsturmbataillon statt ihre vorgesehenen Pflichten auszuführen, zur Sammlung und Verbrennung von Müll in der Nähe eines Leitungspunkts im Gebiet von Bachmutka eingesetzt, dabei gab es eine Detonation und einer, der Soldat Tomkewitsch, erlitt Splitterverletzungen. Nach vorläufigen Informationen befand sich im Feuer eine Granate für einen automatischen Granatwerfer. Der Verletzte ist beim Kommando gut angesehen, und es wurde entschieden, ihn für eine Auszeichnung vorzuschlagen, da er angeblich bei der Erfüllung von Kampfaufgaben verletzt wurde.

Außerdem beging heute Nacht in der Kantine des 2. Gebirgsturmbataillons der 128.

Gebirgsturmbataillon in Winogradnoje der Unteroffizier Tschernodarow einen Selbstmordversuch, indem er sich in den Kopf schoss, er wurde in ernstem Zustand in ein Krankenhaus von Mariupol eingeliefert. Nach vorläufigen Informationen war Tschernodarow in die OOS-Zone abkommandiert und plante, die ukrainischen Streitkräfte zu verlassen, worauf das Brigadekommando damit drohte, ein Strafverfahren einzuleiten, wobei Beweise über seine Beteiligung am Diebstahl von Eigentum seiner Kameraden vorgelegt werden sollten.

#### de.rt.com: **Tschernobyl: Zwischenlager für radioaktiven Abfall eröffnet**

Auf einer Gedenkveranstaltung zum 35. Jahrestag der Reaktorexpllosion hat der Präsident der Ukraine der Opfer gedacht und den Willen zur weiteren friedlichen Nutzung der Kernenergie zum Ausdruck gebracht. Ein Zwischenlager für die Abfälle ist jetzt eingerichtet.

Zum 35. Jahrestag der Katastrophe hat die Ukraine in Tschernobyl ein Zwischenlager für radioaktiven Abfall eingerichtet. In der Nachbarschaft des Ortes des Kraftwerkes werden Brennstäbe dieser Blöcke für einhundert Jahre gelagert. Im Sommer folgen Abfälle von Atomkraftwerken, die das Land in Betrieb hat.

Präsident Wladimir Selenski sagte auf der Gedenkveranstaltung am Montag: "Die Sperrzone wird in ein Gebiet der Wiedergeburt verwandelt." Mit dem Bau des Zwischenlagers war bereits 2001 begonnen worden.

Selenski und der Chef der Internationalen Atomenergie-Organisation, Rafael Grossi, eröffneten bei der Veranstaltung eine Ausstellung zu der Katastrophe und den Folgen. Der Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko, erinnerte an die Opfer und an die 600.000 Menschen, die an den Aufräumarbeiten am Kraftwerk beteiligt waren. In Kiew leben gegenwärtig 48.000 Betroffene, die zum Jahrestag eine Zahlung von etwa 30 Euro erhielten. Das Land setzt verstärkt auf Kernenergie. Präsident Selenski kann "heute mit Gewissheit sagen, dass die Ukraine entschlossen ist, ihre Atomenergiewirtschaft weiterzuentwickeln". Es ist geplant, im Land Reaktoren des amerikanischen Unternehmens Holtec zu bauen. Im Jahr 2023 würde die Laufzeit der ersten Blöcke sowjetischer Bauart enden.

Die Organisation "Internationale Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges" forderte anlässlich des Jahrestages einen europaweiten Ausstieg aus der Kernenergie. Neue Studien über Tschernobyl zeigten, dass die Niedrigstrahlung nach Unfällen nicht nur Krebserkrankungen, sondern auch schwere Erkrankungen des Erbgutes verursachen kann. Sie forderte, gesundheitliche Interessen über wirtschaftliche zu stellen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/6087e40148fbef4ef91c6d42.JPG>

#### snanews.de: „Umfeld konfliktfreier Existenz“: Moskau will Dialog über strategische Stabilität mit Washington

Laut Sergej Rjabkow, dem russischen Vizeaußenminister, hat Moskau vor dem Hintergrund der aktuellen Krise des Rüstungskontrollsystems den USA einen Vorschlag unterbreitet, einen Dialog über die strategische Stabilität aufzunehmen und die Schaffung eines Umfelds konfliktfreier Existenz zu erörtern.

„Vor dem Hintergrund der schmerzhaften Transformation des Systems der internationalen Beziehungen, die weitgehend mit dem Wunsch der Vereinigten Staaten und einer Gruppe ihrer Verbündeten verbunden ist, ihre Dominanz in der Welt aufrechtzuerhalten (...), werden sowohl das Konzept selbst als auch die Teile der Rüstungskontrolle in Zweifel gezogen“, sagte Rjabkow auf einer Sitzung der Ausschüsse für internationale Angelegenheiten und Verteidigung des Föderationsrates, der Oberkammer des russischen Parlaments.

Die Vereinigten Staaten würden daran glauben, eine absolute Sicherheit für sich selbst erreichen zu können, hieß es. Würde man die Rüstungskontrolle unter dieser Prämisse betrachten, werde diese zu einer großen Belastung für sie, da sie die Möglichkeiten einschränken würde, das militärische Potenzial aufzubauen und einen Druck auf die Gegner auszuüben, sagte Rjabkow laut einer Mitteilung des Pressedienstes des Föderationsrates. Ob die neue US-Regierung die Konzepte der Rüstungskontrolle ändern werde, müsse noch analysiert werden, fügte er hinzu.

In seiner jährlichen Rede zur Lage der Nation habe der russische Präsident Wladimir Putin die Aufgabe gestellt, Fragen im Zusammenhang mit strategischen Waffen und der Gewährleistung der globalen Stabilität zu besprechen, hieß es weiter.

„Der Zweck solcher Verhandlungen kann darin bestehen, ein Umfeld konfliktfreier Existenz zu schaffen. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir der Biden-Regierung bereits vorgeschlagen haben, einen Dialog über die strategische Stabilität in Übereinstimmung mit den Aussagen von Wladimir Putin aufzunehmen, die die Berücksichtigung von Bedenken in diesem Bereich und die Suche nach Wegen zur Lösung der bestehenden Probleme betrafen“, so Rjabkow.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte sich am vergangenen Mittwoch im Rahmen seiner Ansprache an die Föderationsversammlung zu Schlüsselfragen der Außenpolitik geäußert.



Der Sinn und Inhalt der russischen Politik in der Weltarena bestehe darin, den Frieden und die Sicherheit für „den Wohlstand unserer Bürger, die stabile Entwicklung des Landes“ zu gewährleisten, sagte Putin.

„Russland hat natürlich seine Interessen, die wir schützen und im Rahmen des internationalen Rechts, wie das auch andere Staaten der Welt tun, befürworten“, sagte er ferner.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/01/46345\\_0:160:3073:1888\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_65ed587f6a1a29861bef7b42971b738a.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/01/46345_0:160:3073:1888_1440x0_80_0_0_65ed587f6a1a29861bef7b42971b738a.jpg)

### de.rt.com: **Selenskij will Minsker Abkommen umschreiben – mit Hilfe der USA oder Großbritanniens**

In einem Interview hat Wladimir Selenskij vorgeschlagen, die USA in die Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts in der Ostukraine aufzunehmen. Den Minsker Prozess nannte er rückwärtsgewandt. Er zeigt sich für ein Treffen mit Wladimir Putin bereit.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij schlug in einem Interview mit der Financial Times vor, die Minsker Vereinbarungen umzuschreiben und die Zahl der Teilnehmer an den Gesprächen im Normandie-Format um die USA zu erweitern. Das berichtet die russische Nachrichtenagentur TASS.

Laut Selenskij diene der derzeitige Inhalt der Minsk-II-Vereinbarungen der Vergangenheit, nicht der Gegenwart und könne deshalb den Konflikt in der Region nicht beenden.

Gleichzeitig wünschte sich der ukrainische Staatchef "mehr Flexibilität" bei manchen Bestimmungen des Dokuments, da es in der aktuellen Version fast unmöglich sei, diese umzusetzen.

"Wir können ein anderes Format verwenden. Die Geschwindigkeit ist wichtig. Das Tempo dieses Prozesses ist wichtig, denn wir verlieren jeden Tag Menschen", erklärte Selenskij. Er fügte hinzu, dass neben den USA auch das Vereinigte Königreich oder Kanada an den Verhandlungen über den Donbass teilnehmen könnten, lehnte aber Vorschläge für einen direkten Dialog mit Vertretern der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk (DVR und LVR) ab. Selenskij betonte auch, dass er bereit sei, die Regulierung der Situation mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu besprechen.

#### **Treffen mit Putin geplant?**

Auf einer Pressekonferenz am Montag teilte Selenskij mit, dass sein Vertreter mit der Organisation des Treffens der beiden Präsidenten beauftragt sei, wobei er sich "nicht um den Ort kümmert", "es geht um den Inhalt".

"Alles läuft darauf hinaus, dass das Treffen stattfindet", sagte Selenskij vor Journalisten.

Am 20. April wandte sich Selenskij auf Russisch an Putin mit dem Vorschlag, sich irgendwo auf dem Territorium des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine zu treffen. Er fügte hinzu, dass Russland und die Ukraine trotz ihrer gemeinsamen Vergangenheit unterschiedlich in die Zukunft blicken.

In seiner Antwort sagte Putin, dass Kiew die Beilegung des Konflikts mit Vertretern der DVR

und LVR verhandeln sollte, erklärte sich aber bereit, Selenskij in Moskau zu einem beliebigen Zeitpunkt zu empfangen, um die bilateralen Beziehungen zu besprechen. Auch die Lage der Russischsprachigen in der Ukraine und Probleme mit der Russisch-Orthodoxen Kirche könnten weitere Themen sein. Das ukrainische Staatsoberhaupt versprach, auf das Angebot einzugehen.

Später lehnten eine Reihe von ukrainischen Politikern und Kiewer Beamten die Möglichkeit eines Besuchs von Selenskij in Moskau ab.

Insbesondere der erste ukrainische Präsident und Leiter der Kiewer Delegation in der Trilateralen Kontaktgruppe, Leonid Krawtschuk, sagte, dass die Einladung des russischen Präsidenten eine Aufforderung sei, "sich zu verbeugen", während das Treffen selbst nur in einem neutralen Land stattfinden sollte. Die Ukraine lehnte auch die Idee ab, Putin nach Kiew einzuladen.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow hat die Äußerungen von Wladimir Selenskij kommentiert. Der Vorschlag, das Minsker Abkommen umzuschreiben, sei ihm zufolge ein "alarmierendes Signal". Es sei unmöglich, den Minsker Prozess zu ändern, ohne ihn dabei zu zerstören. Zu einem möglichen Treffen von Selenskij und Putin sagte er, dass er noch keine Details mitteilen könne.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/6086b39448fbef187c4f3e04.JPG>

### **Mil-Inr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann Ja. A. Osadtschij**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertreter der LVR im GZKK wurden in den letzten 24 Stunden **fünf Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 59. Brigade auf Befehls des Brigadekommandeurs Schapowalow von den Positionen in Swetlodarsk aus das Feuer mit Mörsern des Kalibers 82mm in Richtung **Losowoje** eröffnet, außerdem aus Luganskoje mit großkalibrigen Maschinengewehren auf **Kalinowka**.

Infolge der kriminellen Feuerprovokationen wurde **ein Verteidiger der Republik verletzt**, er befindet sich derzeit unter Beobachtung von Ärzten.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 92. Brigade von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 aus das Gebiet von **Solotoje-5** mit Granatwerfern beschossen. Außerdem haben Kämpfer Fedossenkos von den Positionen im Gebiet von Katerinowka aus zweimal **Molodjoshnoje** mit Granatwerfern beschossen und 13 Granaten abgefeuert. ...

snews.de: **Russlands Verteidigungsminister kommentiert Nato-Übungen in Europa**  
Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat zu den laufenden Nato-Übungen in

Europa Stellung genommen. Er sprach am Dienstag in Duschanbe in einer Sitzung des Rates der Verteidigungsminister der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, OVKS. „Wir verfolgen weiterhin aufmerksam die jetzige Situation, den Verlauf der Verlegung und der Stationierung von Nato-Kräften in Europa im Rahmen der Übungen ‚Defender Europe‘. Wir beobachten die Umdislozierung der 53. Infanteriebrigade der 29. Division der Truppen der Nationalgarde der USA, die vorgestern im albanischen Hafen von Durres eingetroffen ist und 750 Stück Kampftechnik mitführt.“

Der Minister betonte, dass die Aktivitäten der USA und der Nato in Europa für ein Wachstum der Kriegsgefahr sorgen.

„Das Wachstum der Kriegsgefahr wird von den Aktivitäten der USA und der Nato in der europäischen Region begünstigt, die die Kampfbereitschaft der Truppen erhöhen und die vorgelagerte Präsenz verstärken. Die militärische Infrastruktur wird modernisiert, die operative und die Gefechtsausbildung werden immer intensiver, das amerikanische ‚Four Thirties‘-Konzept wird umgesetzt.“

Der Minister verwies auch auf das Anheizen der nationalistischen Stimmungen in der Ukraine, „was den bewaffneten Konflikt im Donbass, darunter auch in den an Russland grenzenden Gebieten, provoziert“.

„Als Antwort auf die bedrohliche Kriegstätigkeit der Nato haben wir entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Wie Sie wissen, wurde eine Überraschungsprüfung der Kampfbereitschaft der Truppen der Wehrbezirke West und Süd durchgeführt. Zwei Armeen sowie drei Verbände der Luftlandtruppen sind erfolgreich an die westlichen Grenzen zur Ausführung von Lehrgefechtsausgaben verlegt worden“, so Schoigu.

Anfang April hatte Russland die Überprüfung der Gefechtsbereitschaft seiner Streitkräfte begonnen. 4000 Übungen sollten in allen Wehrbezirken und in der Nordflotte, sowie auf den Kurilen und auf der Halbinsel Kamtschatka durchgeführt werden. Der Westen äußerte sich besorgt über die „aggressiven“ Aktivitäten der russischen Truppen an der Grenze zur Ukraine. Wie das russische Verteidigungsministerium mitteilte, kehren die russischen Truppen, die bei der unangekündigten Inspektion im Süden und Westen des Landes eingesetzt wurden, an ihre Standorte zurück. Auf Befehl von Verteidigungsminister Schoigu sollen die Truppen bis zum 1. Mai an ihren Standorten eintreffen.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/1b/1876130\\_0:24:1589:918\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_4333664dfcd108647c08902e5cc6bdf5.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/1b/1876130_0:24:1589:918_1440x0_80_0_0_4333664dfcd108647c08902e5cc6bdf5.jpg)

snanews.de: **Ukrainisches Außenamt erklärt russischen Konsul in Odessa zur „Persona non grata“**

Der russische Konsul im ukrainischen Odessa ist zur unerwünschten Person erklärt worden und muss nun bis zum 30. April die Ukraine verlassen. Die Behörden in Kiew betonten, dies

sei die Antwort auf ähnliche Handlungen Moskaus.

Russland hatte am Vortag einen Mitarbeiter der ukrainischen Botschaft in Moskau zur „unerwünschten Person“ erklärt. Er soll bis Freitag in die Heimat zurückkehren.

Bereits früher hatte Russland den ukrainischen Konsul in St. Petersburg, Alexander Sosnjuk, des Landes verwiesen. Wie es im russischen Inlandsgeheimdienst FSB hieß, sei der Mann bei dem Versuch ertappt worden, vertrauliche Informationen zu erhalten. Laut der Behörde sei die Tätigkeit Sosnjuks „gegenüber Russland feindlich und mit dem Status eines diplomatischen Mitarbeiters unvereinbar“. Der ukrainische Diplomat verließ am 21. April Russland.

Die ukrainischen Behörden hatten Protest gegen die Ausweisung des Diplomaten erhoben und einen Mitarbeiter der russischen diplomatischen Mission in Kiew zur unerwünschten Person erklärt. Er kehrte ebenfalls am 21. April nach Russland zurück.

In den vergangenen Wochen hat sich die diplomatische Konfrontation zwischen Moskau und dem Westen verschärft. Die USA, Bulgarien, die Ukraine, Tschechien, die Slowakei, Polen, Litauen, Lettland, Estland und Rumänien wiesen russische Diplomaten mit unterschiedlicher Begründung aus. Russland reagierte spiegelbildlich.

Eine ernst zu nehmende Krise ist in den Beziehungen zwischen Moskau und Prag zu beobachten: Beide Länder wiesen in den letzten Tagen gegenseitig Dutzende Diplomaten aus. Diese durchgreifende Maßnahme ermöglicht es dem jeweiligen Gastland, zu jeder Zeit und ohne Erläuterung der Gründe die Anzahl der Angehörigen eines diplomatischen Dienstes zu reduzieren.

Der Mechanismus der Statusänderung ist im Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen vorgesehen. Die Ausweisung kann nicht nur wegen Spionageverdacht, sondern auch als symbolisches Zeichen der Unzufriedenheit erfolgen.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/1f/353633\\_0:180:1920:1260\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_c1fddd7821d375097984511428d6cf53.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/1f/353633_0:180:1920:1260_1440x0_80_0_0_c1fddd7821d375097984511428d6cf53.jpg)